

273

271

277

267

282

262

322

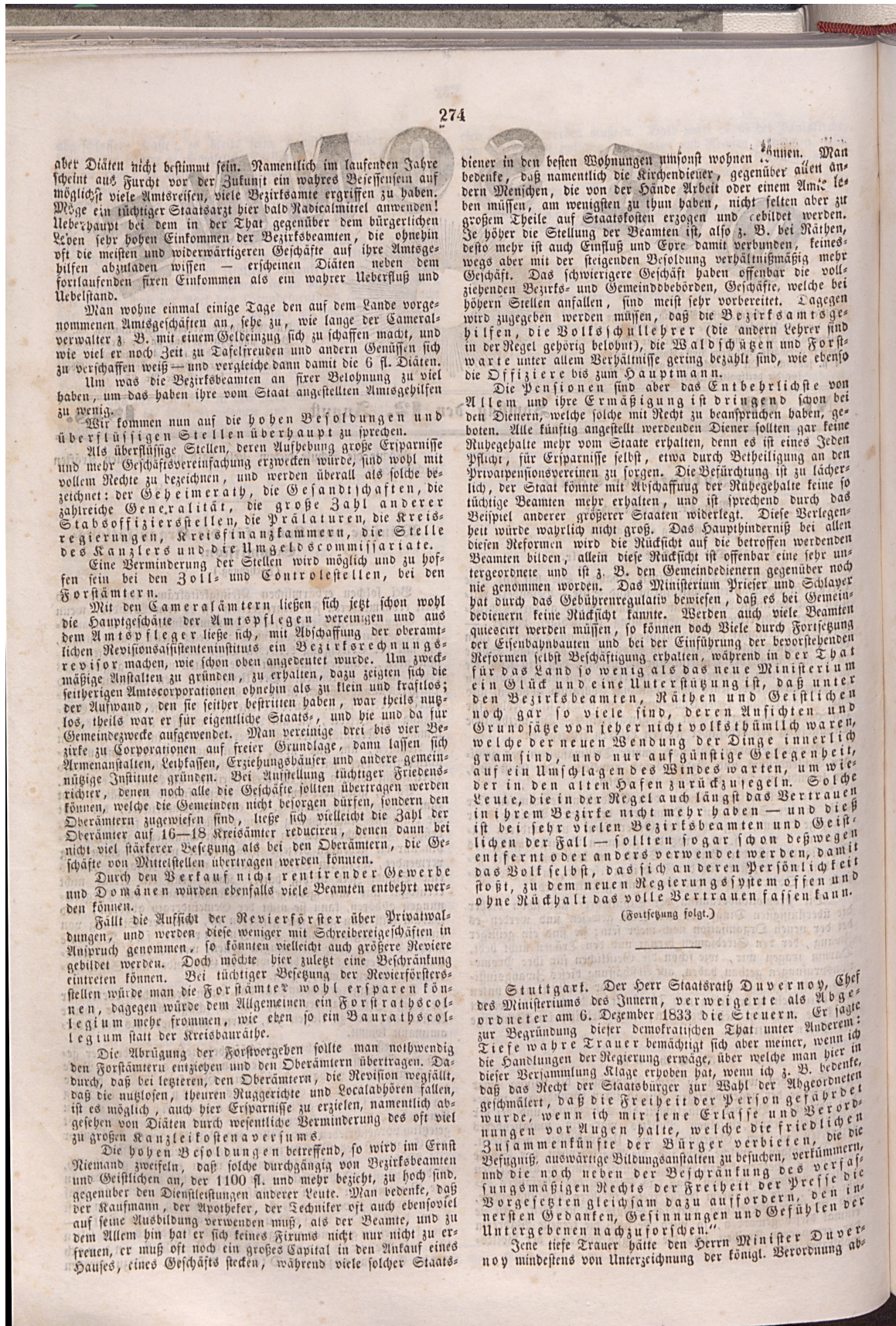
222

372

172

Ende

Anfang



aber Diäten nicht bestimmt sein. Namentlich im laufenden Jahre scheint aus Furcht vor der Zukunft ein wahres Beissen auf möglichst viele Amtseisen, viele Bezirksämter ergriffen zu haben. Möge ein tüchtiger Staatsarzt hier bald Radicalmittel anwenden! Ueberhaupt bei dem in der That gegenüber dem bürgerlichen Leben sehr hohen Einkommen der Bezirksbeamten, die ohnehin oft die meisten und widerwärtigeren Geschäfte auf ihre Amtsgelassen abzuladen wissen — ersinnen Diäten neben dem fortlaufenden fixen Einkommen als ein wahrer Ueberfluß und Uebelstand.

Man wohne einmal einige Tage den auf dem Lande vorgenommenen Amtsgeschäften an, sehe zu, wie lange der Cameralverwalter z. B. mit einem Geldeinzug sich zu schaffen macht, und wie viel er noch Zeit zu Tafeltrinken und andern Genüssen sich zu verschaffen weiß — und vergleiche dann damit die 6 fl. Diäten. Um was die Bezirksbeamten an fixer Belohnung zu viel haben, um das haben ihre vom Staat angestellten Amtsgelhilfen zu wenig.

Wir kommen nun auf die hohen Besoldungen und überflüssigen Stellen überhaupt zu sprechen.

Als überflüssige Stellen, deren Aufhebung große Ersparnisse und mehr Geschäftsvereinfachung erzwängen würde, sind wohl mit vollem Rechte zu bezeichnen, und werden überall als solche bezeichnet: der Geheimrath, die Gesandtschaften, die zahlreiche Generalität, die große Zahl anderer Stabsoffiziersstellen, die Prälaturen, die Kreisregierungen, Kreisfinanzkammern, die Stelle des Kanzlers und die Ungeldscommissariate.

Eine Verminderung der Stellen wird möglich und zu hoffen sein bei den Zoll- und Controlstellen, bei den Forstämtern.

Mit den Cameralämtern ließen sich jetzt schon wohl die Hauptgeschäfte der Amtspflegen vereinigen und aus dem Amtspfleger ließe sich, mit Abschaffung der oberamtlichen Revisionsassistenten ein Bezirksrechnungsrevisor machen, wie schon oben angedeutet wurde. Um zweckmäßige Anstalten zu gründen, zu erhalten, dazu zeigten sich die seitberigen Amtescorporationen ohnehin als zu klein und kraftlos; der Aufwand, den sie seither bestritten haben, war theils nutzlos, theils war er für eigentliche Staats-, und hier und da für Gemeindegewerke aufgewendet. Man vereinige drei bis vier Bezirke zu Corporationen auf freier Grundlage, dann lassen sich Armenanstalten, Lebhäuser, Erziehungsanstalten und andere gemeinnützige Institute gründen. Bei Anstellung tüchtiger Friedensrichter, denen noch alle die Geschäfte sollten übertragen werden können, welche die Gemeinden nicht betorgen dürfen, sondern den Oberämtern zugewiesen sind, ließe sich vielleicht die Zahl der Oberämter auf 16-18 Kreisämter reduciren, denen dann bei nicht viel stärkerer Besetzung als bei den Oberämtern, die Geschäfte von Mittelstellen übertragen werden können.

Durch den Verkauf nicht rentirender Gewerbe und Domänen würden ebenfalls viele Beamten entbehrt werden können.

Fällt die Aufsicht der Revierförster über Privatwaldungen, und werden diese weniger mit Schreibereigeschäften in Anspruch genommen, so könnten vielleicht auch größere Reviere gebildet werden. Doch möchte hier zuletzt eine Beschränkung eintreten können. Bei tüchtiger Besetzung der Revierförsterstellen würde man die Forstämter wohl ersparen können, dagegen würde dem Allgemeinen ein Forstathscollgium mehr frommen, wie eben so ein Baurathscollgium statt der Kreisbauräthe.

Die Abtügung der Forstwerke geben sollte man notwendig den Forstämtern und den Oberämtern übertragen. Dadurch, daß bei letzteren, den Oberämtern, die Revision wegfällt, daß die ungelosten, theuren Ruzgerichte und Localabhören fallen, ist es möglich, auch hier Ersparnisse zu erzielen, namentlich abgesehen von Diäten durch wesentliche Verminderung des oft viel zu großen Kanzleikostenaversums.

Die hohen Besoldungen betreffend, so wird im Ernst Niemand zweifeln, daß solche durchgängig von Bezirksbeamten und Geistlichen an, der 1100 fl. und mehr bezieht, zu hoch sind, gegenüber den Dienstleistungen anderer Leute. Man bedenke, daß der Kaufmann, der Apotheker, der Techniker oft auch ebensoviel auf seine Ausbildung verwenden muß, als der Beamte, und zu dem Allem hin hat er sich keines Fiskus nicht nur nicht zu erfreuen, er muß oft noch ein großes Capital in den Anfauf eines Hauses, eines Geschäfts stecken, während viele solcher Staats-

diener in den besten Wohnungen umsonst wohnen können. Man bedenke, daß namentlich die Kirchendiener, gegenüber allen andern Menschen, die von der Hände Arbeit oder einem Amte leben müssen, am wenigsten zu thun haben, nicht selten aber zu großem Theile auf Staatskosten erzogen und erbidet werden. Je höher die Stellung der Beamten ist, also z. B. bei Räten, desto mehr ist auch Einfluß und Ehre damit verbunden, keineswegs aber mit der steigenden Besoldung verhältnißmäßig mehr Geschäft. Das schwierigere Geschäft haben offenbar die vollziehenden Bezirks- und Gemeindebehörden, Geschäfte, welche bei höhern Stellen anfallen, sind meist sehr vorbereitet. Dagegen wird zugegeben werden müssen, daß die Bezirksamtsgehilfen, die Volksschullehrer (die andern Lehrer sind in der Regel gehörig belohnt), die Waldschützen und Forstwarter unter allem Verhältnisse gering bezahlt sind, wie ebenso die Offiziere bis zum Hauptmann.

Die Pensionen sind aber das Entbehrlichste von Allem und ihre Ermäßigung ist dringend schon bei den Dienern, welche solche mit Recht zu beanspruchen haben, geboten. Alle künftig angestellt werdenden Diener sollten gar keine Ruhegehälter mehr vom Staate erhalten, denn es ist eines Jeden Pflicht, für Ersparnisse selbst, etwa durch Beitheiligung an den Privatpensionsvereinen zu sorgen. Die Befürchtung ist zu lächerlich, der Staat könnte mit Abschaffung der Ruhegehälter keine so tüchtigen Beamten mehr erhalten, und ist sprechend durch das Beispiel anderer größerer Staaten widerlegt. Diese Verlegenheit würde wahrlich nicht groß. Das Haupthinderniß bei allen diesen Reformen wird die Rücksicht auf die betroffenen werdenden Beamten bilden, allein diese Rücksicht ist offenbar eine sehr untergeordnete und ist z. B. den Gemeinbedienern gegenüber noch nie genommen worden. Das Ministerium Priejer und Schlayer hat durch das Gebührentregulativ bewiesen, daß es bei Gemeinbedienern keine Rücksicht kannte. Werden auch viele Beamten quiescirt werden müssen, so können doch Viele durch Fortsetzung der Eisenbahnbauten und bei der Einführung der bevorstehenden Reformen selbst Beschäftigung erhalten, während in der That für das Land so wenig als das neue Ministerium ein Glück und eine Unterstützung ist, daß unter den Bezirksbeamten, Räten und Geistlichen noch gar so viele sind, deren Ansichten und Grundsätze von jeher nicht volksthümlich waren, welche der neuen Wendung der Dinge innerlich gram sind, und nur auf günstige Gelegenheit, auf ein Umschlagen des Windes warten, um wieder in den alten Hafen zurückzuweheln. Solche Leute, die in der Regel auch längst das Vertrauen in ihrem Bezirke nicht mehr haben — und dieß ist bei sehr vielen Bezirksbeamten und Geistlichen der Fall — sollten sogar schon deswegen entfernt oder anders verwendet werden, damit das Volk selbst, das sich an deren Persönlichkeitsloß, zu dem neuen Regierungssysteme offen und ohne Rücksicht das volle Vertrauen fassen kann.

(Fortsetzung folgt.)

Stuttgart. Der Herr Staatsrath Duvernoy, Chef des Ministeriums des Innern, verweigerte als Abgeordneter am 6. Dezember 1833 die Steuern. Er sagte zur Begründung dieser demokratischen That unter Anderem: Tiefe wahre Trauer bemächtigt sich aber meiner, wenn ich die Handlungen der Regierung erwäge, über welche man hier in dieser Versammlung Klage erhaben hat, wenn ich z. B. bedenke, daß das Recht der Staatsbürger zur Wahl der Abgeordneten geschmälert, daß die Freiheit der Person gefährdet wurde, wenn ich mir jene Erlasse und Verordnungen vor Augen halte, welche die friedlichen Zusammenkünfte der Bürger verbieten, die die Befugnis, auswärtige Bildungsanstalten zu besuchen, verkümmern, und die noch neben der Beschränkung des verfassungsmäßigen Rechts der Freiheit der Presse die Vorgesetzten gleichsam dazu anfordern, den innersten Gedanken, Gesinnungen und Gefühlen der Untergebenen nachzuforschen."

Jene tiefe Trauer hätte den Herrn Minister Duvernoy mindestens von Unterzeichnung der königl. Verordnung ab-